

DIE LINKE.

in Niddatal

Kindertagesstätte in Ilbenstadt:

Einige ungeklärte Fragen

CDU, Grüne und FDP änderten den Standort für die Kindertagesstätte in Ilbenstadt: Statt im Kloster soll jetzt auf dem Brunnengelände gebaut werden. *Seite 2*

Wir wollen keine Waffen in der Welt.

DIE LINKE.

„Unsere Werte“ zerbrechen gerade in Moria.

Sind wir wirklich so herzlos? *Lesen Sie Seite 3*



Oktober 2020

Ist das die neue Politik in Niddatal?

Bürger*innen müssen weiterhin Straßenbeiträge zahlen

CDU, Grüne und FDP haben in der Stadtverordnetenversammlung am 29. September einen gemeinsamen Antrag von SPD und LINKEN abgelehnt. Jetzt müssen die ungerechten Straßenbeiträge weiterhin gezahlt werden!

Wird eine Straße saniert, werden nicht auf Straßenfallen in Niddatal Straßenbeiträge an. Das kann für die Anlieger schnell teuer werden! Deshalb gibt es schon länger Diskussionen, ob man die Bürger*innen nicht entlasten könnte.

Auch hessenweit wehren sich Bürgerinitiativen und Kommunen gegen diese Beiträge. Die schwarzgrüne Landesregierung hat es den Kommunen freigestellt, ob sie Straßenbeiträge erheben wollen oder nicht. Verschuldete Kommunen

werden nicht auf Straßenbeiträge verzichten können. Aber Niddatal kann das. Denn ab 2017 wurde der Haushalt wieder in die schwarzen Zahlen geführt. Auf dieser Grundlage beantragten SPD und LINKE die Abschaffung der Straßenbeiträge. Jetzt haben CDU, Grüne und FDP diesen Antrag zum Scheitern gebracht. Und somit müssen die Bürger*innen auch in Zukunft zahlen.

Soll das die neue Politik in Niddatal sein?

Mehr über linke Politik erfahren: www.die-linke-wetterau.de

Fortsetzung von Seite 1

Einige ungeklärte Fragen zur Kita Ilbenstadt

Die Kindertagesstätte in Ilbenstadt wird nicht im Kloster entstehen. Die Stadtverordnetenversammlung beschloss am 29. September, dass auf dem Brunengelände (Ecke Burg-Gräfenröder-Straße/Gro-nauer Straße) gebaut wird. Im Neubau soll es Platz für sieben Gruppen geben. Bisher waren nur vier geplant. Nach dieser Planungsänderung stellen sich einige ungeklärte Fragen:

■ In Niddatal gibt es 696 Kinder im Alter zwischen einem und sieben Jahren. Es besteht demzufolge Bedarf für sieben zusätzliche Kitagruppen. Doch sind die sieben Gruppen für Ilbenstadt nötig? Dort würden vier Gruppen reichen. Wie ist das gedacht? Wird es einen Kita-Tourismus aus den anderen Stadtteilen nach Ilbenstadt geben? Sollte man nicht wohnortnahe Lösungen durchdenken und schon heute eine Kita für einen der anderen Stadtteile planen?

■ Die Änderung von vier auf sieben Gruppen könnte eine wesentliche Auftragsänderung darstellen. Das sollte bald geklärt werden. Denn durch eine europaweite Neuausschreibung könnte sich das ganze Vorhaben stark verzögern.

■ Der Brunnen wurde einst stillgelegt, weil sein Wasser sehr hart war. Seither kauft man OVAG-Wasser aus der Fernleitung ein. Das ist heute aus ökologischer Sicht nicht mehr zeitgemäß. Nach jahrelanger Trockenheit müssen die sinkenden Grundwasserreserven im Vogelsberg geschützt werden. Es muss also geprüft werden, ob der Brunnen nicht wieder aktiviert werden könnte. Wenn wirklich kein Trinkwasser mehr daraus gefördert werden kann, sollte ein Betriebssystem (Nicht-Trinkwasser) fest eingeplant werden. Damit lassen sich die Toiletten versorgen und der Garten bewässern.

Aus für den Gollacker?

Bürgermeister Hahn will den Gollacker nicht. Es ist absehbar, dass die Absprachen mit der Hessischen Landgesellschaft nicht weiter verfolgt werden. Hahn will lieber Neubaugebiete ausweisen, „die die Stadtteile miteinander verbinden“, sagte er der Presse. Er denkt an Gewerbeansiedlungen und kleinere Wohneinheiten im Überschwemmungsgebiet zwischen Assenheim und Ilbenstadt. Und diese ökologischen Vorstellungen aus den fünfziger Jahren meint er tatsächlich ernst!

Auch sozialpolitisch fehlt der Anschluss an die heutigen Problemlagen. Im Juni 2020 sagte er: „Wenn das Kasernengelände in Friedberg bebaut wird, wird niemand mehr nach Assenheim ziehen. Wir haben hier keinen Wohnraumbedarf.“

Vielleicht sollte er mal seine Parteikollegen in der Hessischen Landesregierung zur anwachsenden Wohnungsnot befragen!

Fortsetzung von Seite 1

„Unsere Werte“ zerbrechen gerade in Moria!

Wir haben Platz. Niddatal hat 132 Plätze in Flüchtlingsunterkünften. Davon sind derzeit 95 belegt. Viele andere Kommunen haben signalisiert, dass auch sie freie Plätze haben und sich bereit erklären, Flüchtlinge aufzunehmen.

Warum es um mehr geht, als Mitleid und Empörung.

Moria ist ein politisch organisiertes Verbrechen gegen die Menschenrechte. Es ist seit Jahren klar, dass diese Politik der Abschreckung und Internierung scheitern muss.

Und sie scheitert seit Jahren vor unser aller Augen.

Denn sie hat nichts anzubieten. Sie verschiebt nur Probleme. Fluchtursachen werden verschärft und nicht bekämpft! Und gleichzeitig hören Migrationsbewegungen nicht deshalb auf, nur weil die Willkommenskultur zurückgefahren wird.

Wer glaubt, eine Politik der Feindschaft sei eine Antwort, befürwortet die Aus-

setzung von Menschenrechten. Jetzt ist die dringlichste Aufgabe, dass den Menschen in Moria geholfen wird. Sie müssen raus aus der Hölle. Die grundlegendsten Dinge zum Leben fehlen dort. Es gibt keine Perspektive. Und das oft seit Jahren. Deshalb: Niddatal soll seine freien Plätze für die Flüchtlinge zur Verfügung stellen!

Nach dem Brand in Moria muss diese gescheiterte Politik ein Ende haben!

Wieso meint ein Land wie Deutschland - mit mehr als 80 Millionen Einwohnern - es könne keine 12.000 Geflüchteten aufnehmen?

Unsere Außenpolitik muss Fluchtursachen bekämpfen:

Keine weitere Aufrüstung! Keine Erhöhung des Rüstungsetats! Auslandseinsätze der Bundeswehr beenden! Waffenexporte verbieten! Und eine faire Wirtschaftspolitik ohne imperialistische Handelsbeziehungen - auf Augenhöhe und mit Respekt!



Conti ist ein Lehrstück über das kapitalistische Profitsystem

Continental, MAN, Schaeffler, Norma und viele andere Betriebe: Kein Tag ohne eine neue Hiobsbotschaft. Tausende von Menschen sollen demnächst ihren Arbeitsplatz verlieren. Das Conti-Werk Karben soll 2024 schließen.

Der Aufsichtsrat der Continental AG hat gegen die Stimmen der Arbeitnehmer die Schließung der Werke in Aachen und Karben bis 2024 beschlossen.

Wer bisher geglaubt hat, der Aufsichtsrat könnte im Interesse der Beschäftigten und nicht im Interesse des Höchstprofits abstimmen, der wurde nun eines Besseren belehrt. Am 3. Oktober 2020 sagte Elmar Deegenhart, der Vorstandschef

von Conti: Die Entlassungen wären ja auch Wachstumschancen. Der Konzern würde sich zukunftsfähig machen. Das sei ein komplett neues Wachstumsmodell...

Wachstum? Für wen?

Für die Aktionäre!

Für die Beschäftigten sicher nicht...

Bei Conti geht es um ein Milliarden-Sparprogramm. Um Profite zu sichern und weiter zu steigern, schlie-

ßen die Herren Standorte und verlagern ins billigere Ausland. Das Wohl der Beschäftigten spielt dabei keine Rolle!

Die Krise ist nicht über Conti gekommen, wie eine Naturkatastrophe!

Seit Jahren ist klar, dass die Automobilindustrie in Zukunft anders aufgestellt sein muss. Aber das Conti-Management hat die Entwicklung neuer und klimaschonender Techniken und Produktionszweige verschlafen. Und jetzt sollen die Beschäftigten diese Unfähigkeit ausbaden!



ViSDP.: Rudi Kreich, Assenheim, mail: info@die-linke-wetterau.de, Web-Seite: www.die-linke-wetterau.de